

P/XVII/249

Bonn, den 12. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Die Aufgabe bleibt :

36

Zum neuen Startversuch in Bonn

2 - 3

Die Wasser des Euphrat

81

500 Millionen DM - und was damit bewirkt werden könnte

Von Jakob Altmaier, MdB

Mitglied des Ausschusses für Entwicklungshilfe

4

Die Lehren der "Skyboltrakete"

36

Enttäuschung für Großbritannien

5 - 6

Auswirkungen der EWG

56

Skandinavien plant für das Jahr 2000

Kopenhagen-Malmö, Weltstadt der Zukunft ?

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Aufgabe bleibt !

---

### Zum neuen Startversuch in Bonn

sp - Ob die Fraktionsmitglieder der CDU/CSU und der FDP glücklich waren, als ihnen von ihren Vorsitzenden die Ergebnisse der langwierigen Verhandlungen über die Bildung der alten und neuen Regierung verkündet wurden, kann bezweifelt werden. Was an persönlichen Verdächtigungen, landsmannschaftlichen und sogar konfessionellen Auseinandersetzungen bei den alten und neuen Koalitionspartnern auch in dieser Runde des Versuchs einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik hängen geblieben ist, wird kaum so schnell aus der Welt zu schaffen sein. T r o t z aller gegenteiligen Behauptungen ! -

Die Sozialdemokratie wird das Wirken auch dieser Bundesregierung nach ihrer Taten beurteilen, denn man kann das Auswechseln der Minister deuten wie man will, e i n e Tatsache bleibt:

- \* Auch diese Regierung wird eine von inneren Gegensätzen
- \* zerrissene Staatsführung bleiben und nicht nur in den
- \* Augen der deutschen, sondern auch der internationalen
- \* Öffentlichkeit eine Regierung auf Abruf sein.

Zunächst muß das neue Kabinett versuchen, den völlig durcheinandergeratene Haushaltsplan für 1963 in Ordnung zu bringen. Dann muß es - ob es will oder nicht - a l l e Verantwortlichkeiten für die im Zusammenhang mit der Spiegel-Aktion bekanntgewordenen Ungesetzlichkeiten klären.

Wenn diese beiden Aufgaben n i c h t erfüllt werden, bleibt das Vertrauen großer Teile unseres Volkes in die rechtsstaatliche Ordnung des demokratischen Staates Bundesrepublik verletzt.

Z u v i e l ist in den letzten Wochen geschehen, als daß es mit dem Auswechseln einiger Personen ungeschehen gemacht werden könnte. Die staatspolitische Aufgabe der Stabilisierung der Staatsführung bleibt auch nach dieser Regierungsumbildung Aufgabe a l l e r demokratischen Kräfte unseres Volkes.

### Die Wasser des Euphrat

---

500 Millionen DM - und was damit bewirkt werden könnte

Von Jakob Altmaier, MdB

Mitglied des Ausschusses für Entwicklungshilfe

"An den Strömen Babylons sassen wir und weinten", klagt es in einem der Psalmen. Das war in der biblischen Zeit nach blutigen Fehden und Kriegen im Nahen Osten. Sind dort die Zeiten friedlicher geworden, gibt es im Mittleren Orient heute weniger Kämpfe zwischen den Völkern, zwischen Syrien und Ägypten, Irak, Iran, Jordanien und der Türkei; nicht zu reden von der Feindschaft zwischen den arabischen Staaten und Israel, vom Streit im Yemen und der süd-arabischen Fürsten; vom Öl plus Feudalismus gegen die noch tief im Mittelalter lebenden Volksmassen? Von den Gold- und Elfenbeinpalästen der Scheiche bis zu den Lehmhütten der versklavten Landarbeiter, von den Kameltreibern bis zum industriellen Arbeiter der Bohrtürme? Bunter ist keine Landkarte, verwirrender sind keine sozialen Verhältnisse!

#### "Aufstand des zwanzigsten Jahrhunderts"

Was wir auch im Stromland des Euphrat und des Jordans, vom Bosphorus bis zum Golf von Arabien, an inneren und äusseren Wirren und Irrungen erleben, erregt und bewegt werden sie von den sozialen Gegensätzen. Es ist der Aufstand des zwanzigsten Jahrhunderts gegen die sagenhaften sozialen Misstände, gegen Hunger, Krankheit, Armut und Laster der Völker im Nahen Orient, in denen selbst noch der Sklavenhandel ein Betätigungsfeld findet.

Dass das morderne Israel eine gefürchtete und ansteckende Krankheit für die Nutzniesser solcher Zustände ist, wen wundert es? Dass an dieser Nahtstelle zwischen Osten und Westen die imperialistischen Gegensätze bald fördernd, bald schlichtend aufeinanderstossen und stets in Gefahr eines Zusammenstosses gebracht zu werden, der sich bald als "Kommunismus", bald als "westliche Zivilisation" verkleidet, ist die unabwendbare Folge dieser sozialen Gegebenheiten.

#### Wem galt die Zusage?

Entwicklungshilfe ist das neue Zauberwort in diesem nah-östlichen Jammertal, die Wunderkur, nach der sie alle dürsten, seien es die Geniessenden von oben oder die Seufzenden von unten.

So spielen sie, nach allen Seiten schielend, nach Washington wie nach Moskau, von woher auch das Geld und die Unterstützung kommen mag. So war es beim Assuan-Damm in Ägypten, so ist es heute um den Euphrat-Plan. Wasser um die Wüsten urbar zu machen, Wasser gegen die sozialen Krankheiten und Leiden.

In diesen gigantischen Euphrat-Plan zur Bewässerung von Syrien, Irak und der Türkei ist auch die Deutsche Bundesrepublik mit einer Zusage von 500 Millionen DM verflochten. Zugesagt war sie der damals aus Ägypten und Syrien bestehenden "Vereinigten Arabischen Republik". Die ist inzwischen auseinandergefallen. Syrien ist wieder selbständig. Es streiten sich jetzt Kairo und Damaskus, wen die Zusage gegolten und wer den Löwenanteil des deutschen Geldes haben soll.

Nichts gegen diese deutsche Hilfe. Im Gegenteil. Die Frage ist nur: w e m soll sie helfen und wo wird sie so wirksam eingesetzt, dass sie ihren Zweck recht erfüllt?

### Offene Fragen

Da der Euphrat aus der Türkei kommt, wollen die Türken den Staudamm auf ihrem Gebiet. Syrien und Irak wollen es anders, und unüberwindbare nationalstaatliche Gegensätze entflammen den Streit kaum hoch. Keiner traut dem anderen. Syrien und Irak gegen die Türken. Kann Syrien wiederum seine Zusage halten, aus eigenen Mitteln einen Beitrag von hundert Millionen DM zu leisten, die etwa, auf deutsche Verhältnisse übertragen, einen Wert von 120 Milliarden DM entsprechen? Wird der Bau mit unseren Millionen begonnen und dann aus Mangel an Geld versanden, oder wird er ein Erpressungsinstrument werden? Soll die Weltbank eine Garantie übernehmen, gegen die sich wiederum die Syrier wenden? Schlimm ist, dass die Baukosten von dem geographischen Ort des Damms abhängig sind, was wiederum nur eine Frage des nationalen Egoismus bedeutet. Euphratdamm und das lebenspendende Wasser sind zur nationalen und sozialen Frage des gesamten Nahen Osten geworden.

### Ein wirtschaftlich-politischer Vorschlag

Helfen wollen wir, helfen sollen wir. Jede soziale Befriedigung im Nahen Osten wird eine nationale und aussenpolitische Befriedigung der Völker sein und die Konfliktsstoffe im Mittleren Orient vermindern. Wäre es deshalb für die ausländischen Geldgeber und Ärzte nicht an der Zeit, engstirnigen nationalen oder mittelalterlichen Privatsüchten eine Lösung des zwanzigsten Jahrhunderts entgegenzustellen und zu versuchen, dass die zu spendenden Summen auch uns zum Guten dienen sollen, und sei es nur, um internationale Konfliktszänder auszutreten?

### Wasser für alle!

Es geht um das Wasser, um die Berührung der Wüsten, um die Lösung der sozialen Gegensätze innerhalb und zwischen den Staaten der Stromländer. Was nationale Spenden nicht erreichen können, sollte eine nationale Aufgabe des gesamten Westens sein. Wasser für alle, neues Leben für alle, zwanzigstes Jahrhundert gegen Feudalismus und Magnaten, gegen nationalistische Streitereien und Kriegsgefahr.

Euphrat oder Jordan, was am Indus gelang, sollte auch dort möglich sein, wenn das Geld nicht verpulvert und der Friede erhalten werden soll, damit nicht die Völker des Mittleren Orient am Euphrat sitzen und noch länger weinen müssen. Und wir mit Ihnen.

Hier ist eine der grossen zivilisatorischen Aufgaben des deutschen Volkes, hier sollten wir mit kühnem Griff den Anstoss unserer Arbeit und Kraft geben und jene Rolle spielen, die des deutschen Namens inmitten der Völker würdig wäre.

## Die Lehren der "Skyboltrakete"

### Enttäuschung für Großbritannien

sp - Der konservativen Regierung Großbritanniens steht eine arge Enttäuschung bevor. Ihre Absicht, über eigene wirkungsvolle Abschreckungswaffen zu verfügen, läßt sich nach den Erklärungen des amerikanischen Verteidigungsministers wohl nicht mehr verwirklichen. Großbritannien besitzt zwar einige Atom- und Wasserstoffbomben, aber ist technisch nicht in der Lage, sie in die gewünschten Zielorte eines geographisch entfernten Gegners zu bringen. Die strategische Luftwaffe reicht dafür nicht aus, ihre Reichweite ist begrenzt. Außerdem sind Bombenflugzeuge äußerst verletzlich, sie werden eine leichte Beute für Abwehrraketen.

Vor Jahren kamen britische Techniker auf die Idee, in Flugzeugen mit atomaren Sprengstoffen versehene Raketen einzubauen, die vom Flugzeug aus in die Zielorte abgeschossen werden können. Die Entwicklung einer solchen Rakete neuester Art, Skybolt genannt, verschlingt Riesensummen. Sie aufzubringen übersteigt die Finanzkraft Großbritanniens. Es erbat amerikanische Hilfe und Zusammenarbeit, die ihm auch gewährt wurde. Jetzt stellt sich heraus, daß die Skybolt-Rakete gar nicht den in sie gesetzten Erwartungen entspricht; alle bisherigen, ungeheuer kostspieligen Experimente sind fehlgeschlagen.

Die britische Regierung steht nun vor der für sie nicht einfachen Entscheidung, entweder auf ihr Raketenprogramm zu verzichten oder ihren finanziellen Anteil an der Entwicklung dieses Programms mit seiner ungewissen Zukunft zu vergrößern. Ein Verzicht darauf würde die strategische Luftwaffe überflüssig machen, sie hätte den Wert von altem Eisen.

Die britische Regierung sieht sich nun um eine Illusion ärmer, um die Illusion, eine Macht zu werden mit eigenen Abschreckungswaffen, deren Besitz im atomaren Zeitalter ein weltpolitisches Mitspracherecht sichert. Kein Land, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ausgenommen, ist heute in der Lage, ein wirkliches selbständiges, stets dem neuesten Stand der Technik entsprechendes Abschreckungsmittel zu halten. Das gilt auch für das Frankreich de Gaulles, dem, sollte es darauf bestehen, sich ein eigenes nationales Atomwaffenpotential anzulegen, die gleichen für Großbritannien schmerzlichen Erfahrungen noch bevorstehen.

In der Unmöglichkeit, mit den Weltmächten im Rüstungswettlauf gleichzuziehen, wird die schlichte politische Tatsache sichtbar, daß es sich im wahren Sinne des Wortes nicht lohnt, nationale Prestigepolitik zu betreiben. Umso stärker tritt vor diesem Hintergrund die Führungsrolle der Vereinigten Staaten hervor. Das nicht kommunistische Europa muß andere Wege beschreiten, um sein Gewicht weltpolitisch zur Geltung zu bringen, wozu sich der immer enger werdende Zusammenschluß Europas mit einer Union der freien Völker als Krönung als einer der aussichtsreichsten anbietet.

### Auswirkungen der EWG

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Seit einiger Zeit beschäftigen sich Techniker, Ingenieure, Regierungsstellen und Städteplanungsbehörden auf beiden Seiten des Öresunds mit dem Projekt einer Zukunfts-Stadt, die mit zu den größten und modernsten Städten der Welt zählen soll - dem Projekt einer Stadt, die aus dem Nachbargebieten von Kopenhagen und Malmö bestehen wird mit einer Bevölkerung von mehr als fünf Millionen Einwohnern (Kopenhagen hat zur Zeit über eine Million, Malmö 240.000) und einer Wirtschaftskapazität, die sämtliche jetzt existierenden Haupt- und Grosstädte auf dem Kontinent übertreffen soll.

Obwohl viele solche Gedanken als Phantasie ablehnen, gibt es gewisse realistische Überlegungen, die darauf zielen, aus den durch den Öresund geteilten, geographisch aber zusammenhängenden Grosstädten Kopenhagen und Malmö eine nordische Weltstadt zu machen. Gewisse Tendenzen in der schwedischen und dänischen Wirtschaft gehen schon in die Richtung, mehr und mehr Unternehmen in diesem Gebiet zu konzentrieren. Aus dem nördlichen Schweden werden viele Fabriken nach Skaane verlegt, und entlang der dänischen Seite des Öresunds entstehen immer neue Betriebe. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Öresund technisch zu "überwinden", das heißt, beide Ufer des Fahrwassers durch ein Brückensystem zu verbinden.

### Deutsche Konzerne interessiert

Einer der wichtigsten Impulse für den Gedanken einer Zukunftsstadt - oder Örestadt, wie sie bereits genannt wird - ist die wirtschaftliche Konzentration in Europa durch die EWG. Gegenüber der immer stärker werdende Konkurrenz von Weltstädten wie Hamburg, Rotterdam und Antwerpen wollen dänische und schwedische Unternehmer versuchen, einen grösseren Teil des Wirtschaftsstroms nach Norden zu lenken, umso mehr, als Dänemark sich schon jetzt auf seine Rolle als Mitgliedstaat innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vorbereitet und Schweden eine Assoziation anstrebt. Dänische Firmen kaufen Grundstücke am schwedischen

Ufer des Öresunds, und auch amerikanische und deutsche Konzerne haben Interesse für das "Örestad"-Projekt gezeigt, weil Kopenhagen-Malmö an sich schon grosse Aussichten hat, ein wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Knotenpunkt in Nordeuropa zu werden. Auch in den wissenschaftlichen und kulturellen Bereichen gibt es Möglichkeiten, die für das Projekt sprechen. Eine "Örestad" wird grössere Entwicklungsmöglichkeiten haben als sämtliche andere europäischen Grosstädte, Paris ausgenommen, behaupten die Väter des Planes, und für die Stellung des gesamten Nordens in der Weltwirtschaft wird das Projekt eine revolutionierende Wirkung haben.

#### Stadt der fünf Millionen Menschen

Mit Grosse-Kopenhagen und Malmö als Zentrum soll "Örestad" sich bis Helsingör und Helsingborg in nördlicher Richtung und bis zur Køge und Trelleborg in südlicher Richtung ausstrecken und eine Ausdehnung von annähernd 100 Kilometern Länge haben. Innerhalb dieses Gebietes werden im Jahre 2000-bis dahin planen die Örestad-Väter vorerst - über fünf Millionen Dänen, Schweden und andere Nordeuropäer wohnen und arbeiten. Auch die Inseln Saltholm und Hven in Öresund sollen als Brückenpfeiler und Flugplätze für Auto-, Eisenbahn- und Flugverkehr zwischen dem Kontinent und Skandinavien ausgebaut werden.

Die Regierungsstellen denken aber noch nicht so weit, wie die Phantasiebegabten Ingenieure und Techniker. Bis jetzt ist noch nicht entschieden, wo überhaupt die erste Öresundsbrücke, die seit der Jahrhundertwende diskutiert wird, errichtet werden soll. Die Wahl steht zwischen Helsingör-Helsingborg im nördlichen und Kopenhagen-Malmö im südlichen Öresundsbereich. Eine zweite, sehr wichtige Voraussetzung ist der Bau einer Brücke über das 30 Kilometer breite Storebält (Grossen Belt), ein Plan, der täglich das Gesprächsthema in Dänemark ist, ohne daß er über dieses Stadium bisher hinausgekommen wäre.

Inzwischen wird intensiv über das Örestad-Projekt geredet - das Projekt einer nordischen Grosstadt im Jahre 2000 .